

Gemeinsamer Aktionstag zur ÖPNV-Finanzierung

rnv und ver.di machen auf Finanzierungsbedarf aufmerksam

Über 30 Millionen Menschen nutzen bundesweit täglich den Nahverkehr und ersparen der Umwelt somit etwa 18 Millionen Autofahrten. Für eine nachhaltige Finanzierung des kommunalen Nahverkehrs benötigt der ÖPNV jedoch Geld und Planungssicherheit - sowohl für Investitionen in die Infrastruktur als auch für den Betrieb und für die Beschäftigten.

Deutschlandweit machten heute Vertreter der Gewerkschaft ver.di mit kommunalen Verkehrsunternehmen auf dieses Problem aufmerksam. Auch die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) und ver.di Rhein-Neckar beteiligten sich an der Aktion und informierten an Infoständen in Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg über die stetig steigenden Anforderungen an den ÖPNV.

„Anlass der Aktivitäten ist nicht nur die beunruhigende Situation der Infrastruktur im kommunalen Nahverkehr, sondern auch die ungewisse Finanzierung in der Zukunft“, erklärt die zuständige Gewerkschaftssekretärin Sabine Schlorke von ver.di Rhein-Neckar. „Über die Höhe der Regionalisierungsmittel ist es zwischen Bundesrat und Bundesregierung noch immer zu keiner Einigung gekommen. Und das, obwohl das Gesetz bereits seit Anfang 2015 hätte novelliert sein müssen“, so Schlorke.

„Ver.di befürchtet, dass die unzureichende Finanzierung des Nahverkehrs zu Einschränkungen im Angebot führen und sich auch auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten vor Ort auswirken könnte. Bei unzureichender Finanzierung wird häufig zuerst bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Rotstift angesetzt. Die Kommunen dürfen nicht allein

gelassen werden, Bund und Länder müssen in der Verantwortung bleiben, sagt Schlorke und unterstreicht damit die Aktion von ver.di.

Ein großes Problem im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist der Wegfall des wichtigsten Finanzierungsinstruments für Investitionen im ÖPNV, dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz im Jahr 2019. „Die finanziellen Mittel reichen schon heute nicht aus. Erneuerungs- und Ausbaumaßnahmen müssen aber im Voraus geplant werden. Dafür brauchen wir schon heute eine verlässliche und langfristige Finanzierungsbasis.“ „In einer boomenden Region wie der Metropolregion Rhein-Neckar bedeutet ein leistungsfähiger Nahverkehr auch ein großes Stück Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger“, „Wir wollen den Menschen, die in der Region leben, lernen und arbeiten, weiterhin ein attraktives, komfortables und umweltfreundliches Mobilitätsangebot zur Verfügung stellen. Daher appellieren wir gemeinsam mit ver.di und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) an Bund und Länder, die Finanzierung des ÖPNV auch in Zukunft zu sichern.“, fügt Christian Volz, Kaufmännischer Geschäftsführer der rnv hinzu.

Den Finanzierungsbedarf kann Volz an zahlreichen Beispielen aus dem Verkehrsgebiet der rnv illustrieren. So sind beispielsweise in Ludwigshafen Straßenbahnteilstrecken bereits an ihrer Verschleißgrenze angelangt, wie etwa die Strecke nach Friesenheim. Insgesamt werden in Ludwigshafen 70 Mio. € zur Instandsetzung und Modernisierung benötigt, die von der Stadt und rnv ohne Unterstützung von Land und Bund nicht getragen werden können.

In Heidelberg wiederum machen steigende Einwohnerzahlen und eine damit einhergehende dynamische Stadtentwicklung große Investitionen in den Ausbau des ÖPNV, wie zum Beispiel das Mobilitätsnetz Heidelberg, notwendig. Allein für das Mobilitätsnetz sind Investitionen in Höhe von gut 160 Mio. € nötig.

In Mannheim wird zurzeit mit der Stadtbahn Mannheim Nord eine der letzten großen Lücken im Verkehrsnetz geschlossen. Hinzu kommen wichtige Erneuerungsmaßnahmen. In den kommenden Jahren werden für die

Erneuerung und den Ausbau der Infrastruktur in Mannheim rund 200 Mio. € benötigt.

Zudem muss im gesamten Netz der rnv ein Teil der Stadtbahnflotte erneuert werden. Schätzungsweise werden hierfür in den nächsten zehn Jahren etwa 300 Mio. € benötigt.

Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute aus bundesweit mehr als 60 Unternehmen haben deshalb öffentliche Aktionen geplant und eine Unterschriftensammlung initiiert. Die Unterschriften für die ver.di-Kampagne „Rettet Bus und Bahn!“ werden am 2. Juli im Bundesfinanzministerium übergeben.

Mannheim, 23. Juni 2015